



**SCHWERPUNKT: AFRIKANISCHE SCHWEINEPEST**

**Intern- nur für Mitglieder des BWV Rheinland-Nassau e.V.**

Dies ist eine Zusammenstellung von Artikeln aus unterschiedlichen Quellen und von unterschiedlichen Verfassern. Die dargestellte Position gibt nicht automatisch die Meinung der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau wieder.

**Afrikanische Schweinepest im Baltikum, Bulgarien, Deutschland, Moldawien, Polen, Rumänien, Serbien, Slowakei, Ukraine und Ungarn in 2021**

Quelle: ADIS, TSN (Stand: 02.07.2021 - 10:30 Uhr)

(Angabe der Anzahl der gemeldeten Ausbrüche/Fälle vom 25.06.2021 - 09:35 Uhr in Klammern)

	Hausschweine	Wildschweine	Gesamt
Bulgarien	0 (0)	181 (177)	181 (177)
Deutschland	0 (0)	1.066 (986)	1.066 (986)
Estland	0 (0)	30 (29)	30 (29)
Lettland	0 (0)	120 (117)	120 (117)
Litauen	0 (0)	77 (71)	77 (71)
Moldawien	0 (0)	0 (0)	0 (0)
Polen	11 (7)	1.756 (1.729)	1.767 (1.736)
Rumänien	505 (493)	750 (747)	1.255 (1.240)
Serbien	32 (32)	43 (43)	75 (75)
Slowakei	1 (1)	1.202 (1.181)	1.203 (1.182)
Ukraine	5 (5)	1 (1)	6 (6)
Ungarn	0 (0)	2.344 (2.314)	2.344 (2.314)
<b>Gesamt</b>	<b>554 (538)</b>	<b>7.570 (7.395)</b>	<b>8.124 (7.933)</b>

Tabelle: FLI: ASP Stand 2.7.2021

**Druck aus Polen wächst an**

Innerhalb weniger Tage ist die Seuche in mehreren polnischen Beständen ausgebrochen. Landwirte protestieren gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung.

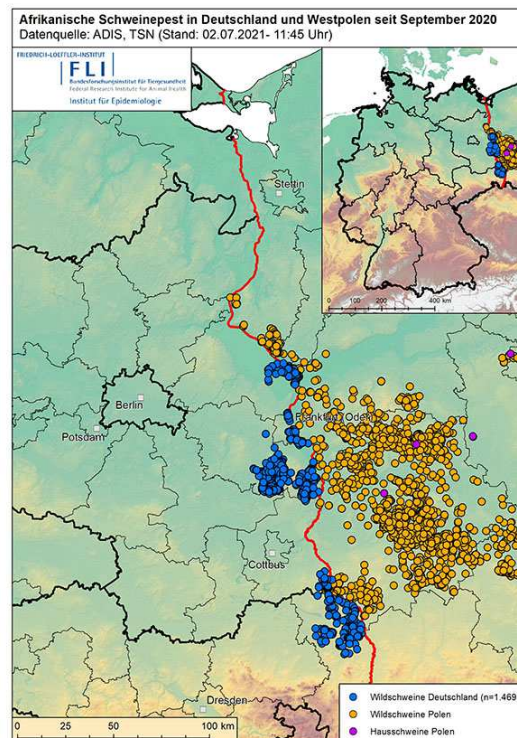
Nachdem es in Polen in der ersten Hälfte des Jahres noch relativ ruhig um die ASP war, reißen nun die Meldungen über erneute Ausbrüche der Tierseuche in Nutztierbeständen nicht ab, dies meldet u.a. die Fleischwirtschaft mit Bezug auf Agra Europe.

Im Lauf weniger Tage wurden von der Obersten Veterinärbehörde mehrerer neuer ASP-Fälle in landwirtschaftlichen Betrieben bestätigt. Der jüngste betraf einen kleineren Betrieb mit 39 Schweinen im Vorkarpatenland. Ein zweiter dringender Verdachtsfall in der Nähe wurde bislang noch nicht bestätigt. Der Seuchenfund in der Wojewodschaft im Süden des Landes ist der erste seit 2019; allerdings wurden hier seit Jahresbeginn mehr als 100 infizierte Wildschweine gefunden.

Kurz vor dem aktuellen ASP-Fall hatte es mehrere Ausbrüche in den Provinzen Łódz, Großpolen und Lublin in der Landesmitte gegeben. Dabei hatte es sich meist um Kleinbetriebe oder solche mit wenig mehr als 100 Schweinen gehandelt.

Dennoch stoßen die Behörden und Vollzugsorgane auf Probleme bei den Seuchenschutzmaßnahmen. Diese resultieren nicht zuletzt aus Blockaden von Landwirten und der Bauernbewegung AGROunia. Diese protestieren vor allen gegen die amtlich verfügte Keulung aller Hausschweine im Umkreis von 1 km um bestätigte Seuchenherde. Wegen der Besetzungen und

Straßensperren haben Behörden in der Region die Tötung der gesunden Bestände zeitweise ausgesetzt. Sie wollen aber aus Präventionsgründen grundsätzlich daran festhalten.



(Quelle: FLI)

### **Schutzzaun an Oder und Neiße geschlossen**

*Insgesamt sind 670 km Zaun als Barriere gezogen.*

Neun Monate nach dem Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Brandenburg ist am Donnerstag in der Uckermark das letzte 15 Kilometer lange Teilstück des Schutzzauns entlang von Oder und Neiße geschlossen worden, meldet rbb24 mit Bezug auf die Regionalnachrichten von Antenne Brandenburg am 1.7.2021 auf seiner Homepage. Der bisherige Elektrozaun dort wurde durch eine feste Konstruktion ersetzt, teilte das Potsdamer Verbraucherministerium mit. Damit steht jetzt von der Insel Usedom bis ins sächsische Görlitz eine feste Wildschwein-Barriere. Die Gesamtlänge in Brandenburg wird mit 255 Kilometern entlang der Landesgrenze angegeben.

#### **Kerngebiete extra eingezäunt**

In Brandenburg selbst sind zusätzliche Barrieren um verschiedene Kerngebiete eingezogen worden. Insgesamt sind so zusammen mit dem Grenzzaun und der Einzäunung von Kerngebieten rund 670-Kilometer verbaut worden.

Laut dpa sind bisher in Brandenburg insgesamt 1.196 entnommene oder als Fallwild gefundene Wildschweine positiv auf ASP getestet.

#### **Zusätzlicher 500 m breiter Schutzkorridor soll in Brandenburg eingerichtet werden**

Nach Angaben des zuständigen Brandenburger Krisenstabes ist der Seuchendruck aus Polen in Richtung Westen sehr dynamisch. In letzter Zeit wurden verstärkt verendete Tiere auf der Brandenburger Oderseite unmittelbar an der Barriere gefunden.

Mit einer wirksamen Eindämmung des ASP-Seuchengeschehens in Polen und einer Reduzierung des hohen Infektionsdrucks an der deutsch-polnischen Grenze ist derzeit nicht zu rechnen. Bilaterale Gespräche des Bundes mit Polen zur Etablierung einer wirksamen Barriere direkt an der Grenze gemeinsam mit Polen haben zu keinem Erfolg geführt.

Deshalb wurde beschlossen, einen zweiten Zaun entlang des Grenzverlaufs zu bauen, um so einen 500 Meter breiten Schutzkorridor zu errichten.

Der nun durch einen zweiten Zaun entstehende Schutzkorridor soll mindestens 500 Meter breit sein. Innerhalb dieses Streifens wird der Wildschweinbestand auf möglichst null reduziert, es findet eine intensive Suche nach Fallwild statt und schweinehaltende Betriebe werden in besonderem Maße überwacht. Für die Kosten wird unter anderem eine Kofinanzierung durch die EU beantragt und ein solidarisches Finanzierungsmodell durch alle Bundesländer erarbeitet.

#### **"Kleintiere können in der Regel hindurchschlüpfen, Rotwild kann den Zaun überspringen."**

Die zweite Absperrung soll rund 500 Meter entfernt von den Zäunen an der deutsch-polnischen Grenze, die bislang schon von der Uckermark bis nach Spree-Neiße reicht, errichtet werden, "entlang vorhandener Straßen und Wege und unter Berücksichtigung von Naturschutzgebieten", wird die Krisenstabsleiterin Verbraucherschutz-Staatssekretärin Anna Heyer-Stuffer bei rbb24 zitiert. Zwischen den Zäunen soll der Wildschwein-Bestand möglichst auf Null gebracht

werden. "Schweinehaltende Betriebe werden in besonderem Maße überwacht", heißt es.

#### **Touristen haben Probleme mit dem Zaun**

Touristen entlang des Oder-Neiße-Fernradwegs fühlen sich wie rbb24 meldet durch den Schutzzaun zur Eindämmung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) eingeschränkt. Weil der Zaun immer wieder den Radweg kreuzt, müssen Radler aus dem Sattel steigen, um die Tore auf- und zuzumachen.

Der Oder-Neiße-Radweg verläuft über rund 630 Kilometer. Er startet im tschechischen Nová Ves nad Nisou direkt an der Quelle der Lausitzer Neiße und folgt der Oder bis zu ihrer Mündung an der Ostsee. Dieser Fernradweg gehört auf seinen Abschnitten in Ost- und Südbrandenburg zu den wichtigsten und beliebtesten touristischen Attraktionen in der Region.

Nach den Lockerungen im Juni kommen immer mehr Touristen nach Ostbrandenburg. Die Klagen häufen sich mittlerweile. Der Zaun sei für Restaurants, Hotels und Campingplätze entlang des Fernradwegs kein einfaches Thema, weil sie nach dem Lockdown sehnsüchtig auf Gäste warteten, berichtet rbb24.

#### **WWF bezweifelt Sinn von Zäunen**

*Die Umweltschutzorganisation WWF Deutschland bezweifelt den Sinn von Zäunen entlang der deutsch-polnischen Grenze zum Schutz vor der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP), wie dpa meldet.*

Vielmehr müssten gravierende negative Folgen für die heimische Natur und Wildtiere befürchtet werden, sagte Nina Gandl, WWF-Wildtierexpertin. Über größere Entfernung breite sich die Seuche bisher hauptsächlich durch den Menschen aus. WWF-Expertin Gandl sagte, ein Zaun halte auch infizierte Wildschweine nicht auf. „Im Gegensatz zu anderen Wildtieren sind Wildschweine grundsätzlich sehr gut in der Lage, Elektro- aber auch feste Zäune zu überwinden oder zu untergraben.“ Feste Zäune behinderten hingegen natürliche Wanderungen von Tieren. „Wir sind daher sehr besorgt“, sagte die Wildtierexpertin. Dies gelte für Reh-, Rot- oder Damwild, Otter, Hase, Biber, Wolf oder Dachs, aber auch für Elch oder Wisent. Notwendige Wartungen der Zäune könnten zudem sensible Lebensräume stören.

Am deutsch-dänischen Grenzzaun sei mehrfach von Tieren berichtet worden, die am Zaun hängen blieben und qualvoll verendeten. Aufnahmen von Fotofallen der Humboldt-Universität zeigten Tiere, die erfolglos versuchten, die Barriere zu überwinden. Andererseits könnten die nicht elektrifizierten Zäune auch Trainingsorte für den Wolf sein, so Gandl. Er lerne da, unsachgemäß installierte Herdenschutzzäune zu überwinden. Der WWF forderte eine wissenschaftlich fundierte Bewertung der Auswirkungen auf Tier- und Pflanzenwelt und deren Lebensräume. Laut EU-Recht sei eine bestimmte Untersuchung erforderlich, um den Erhaltungszustand von geschützten Arten und Lebensräumen zu überprüfen. „Werden Schutzgebiete berührt, wird es eine FFH-Verträglichkeitsprüfung geben“, betonte Silvia Bender, Umwelt-Agrarstaatssekretärin. Zudem sei ein Monitoring geplant. Statt wertvolle Lebensräume und Naturschutzgebiete zu zerschneiden, sollte man sich auf den „Faktor Mensch“ im Kampf gegen die

Einschleppung der ASP konzentrieren, sagte Gandl. Dabei gehe es um die Desinfizierung von Fahrzeugen, keine Entsorgung von Lebensmitteln in der Natur und die Sensibilisierung von Jägern und Verbrauchern. Bei den Schweinehaltern gehe es um strikte Einhaltung von Hygiene- und Biosicherheitsmaßnahmen.

### **Görlitzer Landrat fordert Schweinepest-Gipfel**

Der Landkreis Görlitz fühlt sich im Kampf gegen die Afrikanische Schweinepest von Land und Bund im Stich gelassen. Landrat Bernd Lange warf dem Krisenstab fehlendes Augenmaß bei der Festlegung der Verbotszone vor. Der Kreis finde kaum Gehör. Lange forderte einen Schweinepest-Gipfel. Bund und Land müssten gemeinsam mit der Region über sinnvolle Schritte beraten. Wichtig sei dabei, die Jäger zu stärken. Sie müssten im Kampf gegen die Schweinepest besser ausgerüstet werden und mehr Kompetenzen erhalten. In diesem Zusammenhang bezeichnete der Görlitzer Landrat die Entscheidung des Freistaates, das Jagdrecht nur auf den Abschuss von Wildschweinen zu beschränken, als Fehler.

### **Landrat Lange: "Bund ist in Sachen Schweinepest ein Totalausfall"**

(MDR Sachsen) Der Görlitzer Landrat Bernd Lange fordert von Bund und Land mehr Unterstützung bei der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest. Die Belange des Landkreises, der Landwirte und der Jäger in den betroffenen Gebieten würden ignoriert. Streit- und Kritikpunkte sind die sogenannte weiße Zone, der Einsatz und die Verfügbarkeit von Nachtsichtgeräten sowie die Verwertung der geschossenen Tiere.

Der Görlitzer Landrat Bernd Lange ist sichtlich angegriffen, wenn es um die Afrikanische Schweinepest (ASP) geht. Ideen und Vorschläge aus der Region zur Bekämpfung der Seuche würden von den zuständigen Stellen im Land und im Bund ignoriert. "Wir beißen mit unseren Ansichten auf Granit und als Ausrede wird immer die EU genannt!" Der Bund ist in Sachen Schweinepest ein Totalausfall. Ihn kümmern regionale Belange gar nicht, stattdessen fordert der Bund immer nur die Vergrößerung der Sperrzonen und das Land Sachsen folgt, weil sie auch in Dresden vor Restriktionen der EU Angst haben.

Was den Görlitzer Landrat dabei auf die Palme bringt, dass in den Nachbarländern Polen und Tschechien offenbar andere Regeln der EU gelten. Dort war es möglich, sogenannte weiße Zonen zu schaffen. Weiße Zonen sind Gebiete, in denen die Wildschweinpopulation komplett ausgerottet wurde, auch mithilfe des Militärs.

### **Keine weiße Zone für die Oberlausitz**

Eine weiße Zone wollten die Oberlausitzer schon vor Monaten im Norden des Landkreises Görlitz einrichten und das grenzüberschreitend über die Neiße hinweg zusammen mit dem polnischen Nachbarkreis. Erforderlich gewesen wären nur einige Jäger, 200 Treiber, zwei Hundemeuten und zwei Hunde, die auf die sogenannte Totsuche spezialisiert sind, erklärt ein Jäger aus der Grenzregion. Doch dieser Vorschlag der Oberlausitzer wurde von den zuständigen Ministerien mit dem Hinweis auf Brüssel verworfen.

### **Gefährliche Wildschweinbarrieren: Jägerschaft beklagt viele verletzte Rehkitze**

Beim Thema ASP brodelt es laut MDR Sachsen auch in der Oberlausitzer Jägerschaft. Nicht nur, dass viele Jäger die Schutzzäune als Wildschweinbarriere für sinnlos halten. Die Leitbachen sind kluge Tiere und kennen jeden Durchlass. Und bei Gefahr rammelt die Rotte gemeinsam durch den Zaun. Was Wildschweine stoppen soll, entpuppt sich aber immer mehr als gefährliches Hindernis für Rehe. "An den Zäunen sammeln wir immer wieder verletzte Tiere ein, insbesondere Kitze", erzählt ein Jäger aus Niesky. "So viele verletzte Rehe hat es bei mir noch nie gegeben." Das Problem der Zäune: Die Rehe brechen sich in den Maschen der Drahtzäune die Läufe. Werden die Kitze nicht gefunden, droht ihnen ein qualvoller Tod.

Die Afrikanische Schweinepest bringt einige Jäger auch in einen moralischen Zwiespalt. Hege und Pflege ist ihre Aufgabe, um den Wildbestand gesund zu halten. Im Revier wird nicht unnötig geschossen und die getöteten Tiere werden unter anderem als Wildbret verwertet. "Wir sollen zu schießenden Erfüllungsgehilfen missbraucht werden", schimpft ein Weidmann aus dem Löbauer Raum. "Ich bin doch keine Auftragskiller für Behörden!" Diese Meinung teilen nicht wenige Weidgenossen in der Oberlausitz.

"Um so höher die Zahl der Schweine, um so höher ist auch die Gefahr der weiteren Ausbreitung", meint der Landrat. "Deshalb darf sich der Freistaat nicht nur auf die Festlegung von Sperrzonen in den betroffenen Gebieten beschränken, sondern vielmehr muss der Freistaat die Seuche als sachsenweites Problem begreifen."

Einige Jäger haben unter den derzeitigen Bedingungen keine Lust mehr auf ihr Revier. Auch die 150 Euro Abschussprämie pro Schwein locken manchen Weidmann nicht auf den Ansitz. Zumal nach Aussage des niederschlesischen Jagdverbandes seit Januar keine Abschussprämien gezahlt wurden. Dazu kommt ein weiteres Ärgernis, welches im Revier nicht nur bei Zweibeinern für Unruhe sorgt.

Im Landkreis Görlitz dürfen die Jäger die geschossenen Borstenviecher nicht verwerten, obwohl diese Tiere meist gesund sind. Vielmehr rückt lautstark eine mehrköpfige Mannschaft in Schutzkleidung an, um das Tier zu entsorgen.

Infizierte Tiere kommen den Jägern nur sehr selten vor die Flinte. Diese Tiere ziehen sich nämlich nach der Infektion sofort in die Deckung zurück und sterben nach etwa drei Tagen in ihrer Sasse. Ist eine Rotte befallen, sind alle Tiere nach sechs Tagen verendet. Deshalb meinen auch einige Jäger, dass die Natur das Problem selbst lösen wird.

### **Nachtsichtgeräte und Wärmebildgeräte**

Um den Wildschweinbestand zu verringern, sind jetzt Nachtsicht- und Wärmebildgeräte bei Pirsch erlaubt. Doch einige Jäger lehnen den Einsatz als nicht weidgerecht ab. "Ein Nachtsichtgerät ist Bullshit, weil ich damit die Rotte nicht im Gras erkenne", erklärt der Görlitzer Weidmann. "Nur in der Kombination mit Wärmebild macht das Nachtsichtgerät Sinn, um das Wild art- und weidgerecht ansprechen zu können." Doch die Investition lohnt sich meist nicht. Einsteigergeräte kosten ab 8.000, gute Geräte schon mehr als 12.000 Euro. Deshalb überlegt der Landkreis

Görlitz, dem Jagdverband einige Geräte zur Verfügung zu stellen.

Das Problem Nachtsicht und Wärmebild ist also weiter ungeklärt. Möglicherweise können die Oberlausitzer Jäger bald eine ihrer anderen Forderungen zu den Akten legen, meint Landrat Lange abschließend. Die Jäger im Landkreis dürfen bald wieder selbst entscheiden, ob sie ein geschossenes Wildschwein nach der gesundheitlichen Überprüfung selbst verwerten oder sie lieber die Abschussprämien kassieren.

### **Landwirtschaftsminister von Sachsen zeigt sich hochbesorgt**

Landwirtschaftsminister Wolfram Günther zeigte sich am Wochenende laut MDR Sachsen "hochbesorgt" über den starken Anstieg der Fallzahlen. Im Osten des Freistaates gebe es immer mehr erkrankte Tiere. Die Zahl der bestätigten ASP-Fälle hat sich den Angaben nach in den vergangenen vier Monaten etwa verdoppelt. Bis Ende Juni wurden 267 ASP-Fälle registriert.

Günther informierte laut dpa darüber, dass aktuell 80 Kilometer Zaun entlang der Grenze zu Polen errichtet werden. Im Mai sei ein jagderfahrener Mitarbeiter des Sachsenforst an das Landestierseuchenbekämpfungszentrum abgeordnet worden, um die Entnahmen von Wildschweinen zu koordinieren und intensivieren. Günther kündigte weitere Gespräche mit dem Sozialministerium an, wie die Seuche mittels Zaunbau, Entnahme und Jagd eingedämmt werden kann. Zugleich sieht er vor allem den Bund in der Pflicht. Es handele sich um eine nationale Aufgabe. Deshalb müssten die Gespräche mit der polnischen Regierung intensiviert werden.

### **Ostländer fordern Bundesregierung auf ein Förderprogramm aufzulegen**

Die Tierseuche hat erhebliche wirtschaftliche Auswirkung. Infizierte Tiere müssen getötet werden. Landwirte in bestimmten Zonen müssen Restriktionsmaßnahmen im Falle von Ausbrüchen erdulden. Daher hat der Bundesrat auf Initiative Brandenburgs mit Unterstützung der anderen ostdeutscher Bundesländer die Bundesregierung jetzt aufgefordert, ein Förderprogramm gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) aufzulegen.

Um den schweinehaltenden Betrieben auch angesichts des momentanen Seuchengeschehens und in Verbindung mit den Vorschlägen der Borchert-Kommission im Rahmen einer gesellschaftlich akzeptierten Wertschöpfungskette zukunftsfähige Perspektiven zu eröffnen, bedarf es jedoch weitergehender Unterstützung und Förderprogramme, die die Bundesregierung in Abstimmung mit der Europäischen Union auf den Weg bringen muss. Brandenburgs-Agrarminister Axel Vogel sagte hierzu: „Wir wollen mit einem Förderprogramm die Betriebe bei einem seuchenbedingten temporären Ausstieg oder Teilausstieg aus der Erzeugung unterstützen. Den Betrieben soll es ermöglicht werden, funktionierende und verlässliche Verarbeitungs- und Vermarktungswege fortzuführen, und eine dauerhafte Aufgabe der Produktion ausgeschlossen werden.“

Laut Schweinepestverordnung ist bei Ausbruch von ASP zudem der Transport von Hausschweinen über die

Grenzen von EU-Mitgliedsstaaten verboten. Auch dürfen Schweine nicht zur Schlachtung in einen EU-Nachbarstaat gebracht werden, selbst dann nicht, wenn der Schlachtbetrieb ebenfalls in einem Restriktionsgebiet liegt.

Agrarminister Axel Vogel: „Brandenburger Betriebe haben aufgrund ihrer geografischen Lage teilweise enge Lieferbeziehungen zu westpolnischen Schlachthöfen, die ebenfalls in Restriktionsgebieten liegen. Die Möglichkeit einer Belieferung dieser Schlachtbetriebe würde die wirtschaftlichen Situation der schweinehaltenden Betriebe deutlich verbessern, da es in Deutschland aktuell nur einen abnehmenden Schlachtbetrieb für ihre Tiere gibt.“ Der Bundesrat bittet die Bundesregierung auf Initiative Brandenburgs daher, sich auf Europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass bei dem innergemeinschaftlichen Verbringen von Schlachtschweinen zum Schlachten in benachbarte EU-Staaten aus ASP-Restriktionsgebieten die Behörden am Bestimmungsort unter den im EU-Recht definierten Bedingungen ihre Zustimmung erteilen.

### **Auslauf- und Freilandhaltung wegen Risiko in der Diskussion**

Die Auslauf- und Freilandhaltung ist eine gesellschaftlich besonders anerkannte Form der Tierhaltung. Um die Risiken von Eintragspfaden, also der Möglichkeit der Infektion bei Tieren, die nicht ausschließlich im Stall gehalten werden, zu klären und gegebenenfalls bestehenden Forschungsbedarf zu identifizieren soll die Bundesregierung einen bundesweiten Austausch unter Federführung des Bundeslandwirtschaftsministeriums mit Beteiligung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI), Vertreterinnen und Vertretern aus den Ländern, der Wissenschaft, des Tierschutzes und der Landwirtschaft initiieren. Am Ende dieses Austauschs sollen bestenfalls gemeinsame Empfehlungen zur ausreichenden Biosicherheit der Auslauf- und Freilandhaltung entwickelt werden. Außerdem bittet der Bundesrat auf Initiative Brandenburgs den Bund, unter Einbeziehung der Länder eine übergeordnete Wildbret-Vermarktungs- und -Verwertungsstrategie zu entwickeln, um die Bejagung von Schwarzwild zu unterstützen.

In dem Entschließungsantrag werde die Bundesregierung zudem aufgefordert, durch Absprachen mit Polen und den Ausbau von Forschungskapazitäten die Seuche einzugrenzen beziehungsweise zu stoppen, teilte die Brandenburger Staatskanzlei Ende vergangener Woche mit.

### **Klößner lehnt Extra-Förderung für betroffene Betriebe ab**

Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klößner (CDU) hatte im Vorfeld bei einem Besuch in der Prignitz bereits erklärt, dass sie der Brandenburger Forderung nach einem neuen Förderprogramm für von der ASP betroffene Betriebe skeptisch gegenüberstehe. Zunächst müssten die Förderprogramme in Anspruch genommen werden, die es schon gebe. Vorrangig sei aber die Frage, "wie wir die ASP eindämmen", so Klößner weiter.